



## Plenarprotokoll

### 9. Sitzung

Donnerstag, 6. April 2017

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Nachruf</b>		zum Antrag der Fraktion der FDP Drucksache <a href="#">18/0141</a> in Verbindung mit	
<b>Rüdiger Hitzgrath, ehemaliger Abgeordneter und Städtältester von Berlin .....</b>	<b>723</b>	<b>18 Groben Unfug verhindern – kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen in Berlin .....</b>	<b>724</b>
<b>Erklärung des Präsidenten</b>		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache <a href="#">18/0236</a> in Verbindung mit	
<b>zum Vorgehen des türkischen Geheimdienstes in Deutschland und Berlin .....</b>	<b>723</b>	<b>27 Stickoxidbelastung reduzieren (I) – gleichmäßigeren Verkehrsfluss ermöglichen .....</b>	<b>725</b>
<b>Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches .....</b>	<b>724</b>	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache <a href="#">18/0250</a>	
<b>Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde .....</b>	<b>724</b>	Florian Graf (CDU) .....	725
<b>1 Aktuelle Stunde .....</b>	<b>724</b>	Tino Schopf (SPD) .....	727
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Frank Scholtysek (AfD) .....	729
<b>„Senatsfeldzug gegen Autofahrer stoppen – rot-rot-grüne Verkehrspolitik macht Autofahrer zu Verlierern“ .....</b>	<b>724</b>	Harald Wolf (LINKE) .....	731
(auf Antrag der Fraktion der CDU)		Henner Schmidt (FDP) .....	733
in Verbindung mit		Stefan Gelbhaar (GRÜNE) .....	735
		Senatorin Regine Günther .....	737
<b>6 Durchdachtes Verkehrskonzept für die Innenstadt statt rot-rot-grünem Wunschzettel .....</b>	<b>724</b>	Ergebnis .....	739
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz vom 16. März 2017 Drucksache <a href="#">18/0231</a>		<b>2 Fragestunde .....</b>	<b>739</b>
		gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
		<b>Antisemitischen Beleidigungen gegenüber einem Berliner Schüler .....</b>	<b>739</b>
		Dr. Susanne Kitschun (SPD) .....	739
		Senatorin Sandra Scheeres .....	739
		Dr. Susanne Kitschun (SPD) .....	740
		Senatorin Sandra Scheeres .....	740
		Regina Kittler (LINKE) .....	740

<b>4</b>	<b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin und des Gesetzes über die Rechtsstellung der Fraktionen des Abgeordnetenhauses von Berlin</b> .....	792	<b>7</b>	<b>Beendigung der Kohlenutzung in Berlin</b> .....	800
	Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 29. März 2017 Drucksache <a href="#">18/0257</a>			Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz vom 16. März 2017 Drucksache <a href="#">18/0232</a>	
	zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache <a href="#">18/0211</a>			zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache <a href="#">18/0139</a>	
	Zweite Lesung			Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) .....	800
	<u>hierzu:</u>			Danny Freymark (CDU) .....	801
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache <a href="#">18/0211-1</a>			Daniel Buchholz (SPD) .....	802
	Georg Pazderski (AfD) .....	793		Christian Buchholz (AfD) .....	803
	Torsten Schneider (SPD) .....	794		Daniel Buchholz (SPD) .....	804
	Heiko Melzer (CDU) .....	795		Christian Buchholz (AfD) .....	805
	Steffen Zillich (LINKE) .....	796		Dr. Michael Efler (LINKE) .....	805
	Holger Krestel (FDP) .....	796		Henner Schmidt (FDP) .....	806
	Torsten Schneider (SPD) .....	797		Ergebnis .....	806
	Holger Krestel (FDP) .....	797		Beschlusstext .....	835
	Daniel Wesener (GRÜNE) .....	798	<b>8</b>	<b>Erarbeitung eines Hochhausentwicklungsplans für Berlin</b> .....	806
	Sebastian Czaja (FDP) .....	798		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen vom 22. März 2017 Drucksache <a href="#">18/0239</a>	
	<b>Persönliche Bemerkung nach § 65 GO</b>			zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache <a href="#">18/0140</a>	
	<b>Abghs</b> .....	799		Iris Spranger (SPD) .....	807
	Torsten Schneider (SPD) .....	799		Stefan Evers (CDU) .....	807
	<b>Persönliche Bemerkung nach § 65 GO</b>			Katalin Gennburg (LINKE) .....	808
	<b>Abghs</b> .....	799		Harald Laatsch (AfD) .....	808
	Holger Krestel (FDP) .....	799		Antje Kapek (GRÜNE) .....	809
	Ergebnis .....	799		Stefan Förster (FDP) .....	809
<b>2</b>	<b>Fragestunde</b> .....	800		Ergebnis .....	810
	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin			Beschlusstext .....	836
	<b>Überwachung von AfD-Bundestagskandidaten</b> .....	800	<b>10</b>	<b>Die Stelle des Vertrauensanwalts/der Vertrauensanwältin zur Korruptionsbekämpfung stärken und zügig neu besetzen</b> .....	810
	<b>Ordnungsruf für Benedikt Lux (GRÜNE)</b> ..	800		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vom 8. März 2017 und dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 29. März 2017 Drucksache <a href="#">18/0259</a>	
<b>5</b>	<b>Wahl der Mitglieder des Stiftungsrates der Stiftung Oper in Berlin</b> .....	800		zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache <a href="#">18/0076</a>	
	Wahl Drucksache <a href="#">18/0240</a>				
	Ergebnis .....	800			
	Beschlusstext .....	835			

**(Georg Pazderski)**

interessant zu wissen, ob diese Gelder am Ende der Legislaturperiode wieder an das Parlament zurückgeflossen sind. Allzu groß kann vor knapp einem Jahr die finanzielle Not der Fraktionen nicht gewesen sein. Warum, frage ich, ist das jetzt anders? Wofür sollen die Gelder ausgegeben werden: noch mehr Mitarbeiter, noch höher bezahlte Mitarbeiter, mehr gut dotierte Beraterverträge, mehr und üppigere Fraktionszulagen, von denen wir in der AfD-Fraktion übrigens Abstand genommen haben?

[Beifall bei der AfD –  
Zuruf von Tom Schreiber (SPD)]

Da darf man schon die Frage stellen: Was hat das alles mit den Problemen Berlins und seiner Bürger zu tun, mit heruntergekommenen Schulen, unterbezahlten Polizisten, maroder Infrastruktur, Wohnungsnot und verwahrlosten Plätzen? – Für die AfD-Fraktion kann ich hier klipp und klar feststellen: Unsere Fraktion leidet genauso wie die anderen Fraktionen nicht unter Armut. Wir brauchen nicht noch mehr Geld aus dem Portemonnaie der Steuerzahler.

Ich weiß, dass Sie jetzt der AfD-Fraktion wieder Populismus vorwerfen werden,

[Steffen Zillich (LINKE): Feststellen!]

denn aus Ihrer Sicht ist es offenbar schon Populismus, wenn man sich nicht immer wieder großzügig aus dem Portemonnaie der Bürger bedienen möchte, sondern in guter preußischer Tradition Augenmaß und Kostenbewusstsein von sich selbst und anderen verlangt.

[Beifall bei der AfD]

Wir wissen selbstverständlich, dass eine Demokratie auch Kosten verursacht.

[Canan Bayram (GRÜNE): Ah!]

Wenn wir wollen, dass ein Parlament seine Aufgaben für Berlin mit der gebotenen Verantwortung und Sorgfalt wahrnimmt, dann muss es vernünftig ausgestattet sein. Fraktionen wie Abgeordnete brauchen gute Mitarbeiter, und gute Mitarbeiter kosten Geld.

[Canan Bayram (GRÜNE): Hört, hört!]

Doch die Größe und Funktionsweise des Abgeordnetenhauses gehören endlich auf den Prüfstand. Wir brauchen ein kleineres Parlament mit höchstens 100, besser weniger Abgeordneten, die dann aber Vollzeitparlamentarier sein müssen.

[Tom Schreiber (SPD): Von der AfD!]

Das bedeutet für die AfD-Fraktion: Erst müssen wir einmal klären, was für ein Parlament wir hier in Berlin brauchen. Daraus leitet sich ab, wie viel Mittel man den einzelnen Abgeordneten und den Fraktionen zur Verfügung stellen muss, damit sie ihre Aufgabe zur Zufriedenheit der Bürger und zum Wohle der Stadt erfüllen können.

Sicherlich müssen wir in diesem Zusammenhang auch andere Großstädte in dieser Welt anschauen. Warum kommt der Stadtrat von New York mit 51 Abgeordneten aus, obwohl dort 35 Ausschüsse zu besetzen sind? Warum reichen in London 25 Abgeordnete, um die Angelegenheiten der Stadt zu regeln? Als AfD-Fraktion werden wir ein entsprechendes Gutachten über die richtige Größe des Parlaments in Auftrag geben.

[Torsten Schneider (SPD): Bei wem? –  
Steffen Zillich (LINKE): Beim AfD-Kontrollrat!]

Wir sind davon überzeugt, dass wir am Ende einer vernünftigen Reform nicht mehr Geld vom Steuerzahler brauchen, sondern weniger, ohne an guten Mitarbeitern zu sparen. Der Weg für uns in der AfD-Fraktion heißt: Das Parlament muss erst einmal schlanker werden. Und wir müssen darüber reden. Wir sind bereit darüber zu reden.

[Zuruf von Holger Krestel (FDP)]

Wir brauchen eine breite öffentliche Diskussion über das, was das Abgeordnetenhaus von Berlin wirklich benötigt. Wir brauchen ein Konzept für ein schlankeres, aber gut arbeitendes Abgeordnetenhaus. Darüber wollen wir mit Ihnen beraten, aber nicht über Schnellschüsse.

[Beifall bei der AfD]

Die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin wird die Vorschläge der Mehrheit zur Erhöhung der Gelder für die Fraktionen und der Gehaltszahlungen für persönliche Mitarbeiter der Abgeordneten in der vorgesehenen Form nicht mittragen und ablehnen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der AfD –  
Anja Kofbinger (GRÜNE):  
Aber das Geld werden Sie nehmen!]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Schneider das Wort.

**Torsten Schneider (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will erst mal einen taktischen Fehler begehen: Nach Maßstab mancher – ich habe es nämlich in der Zeitung gelesen – machen sich vor allem die Grünen und die Linken die Taschen voll. Ich kann Ihnen erklären: Die SPD-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zu diesem Gesetz. Wir lassen uns nicht spalten, wir waren sogar federführend bei diesen Vorschlägen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

Ich habe ja gerade aufmerksam die Debatte verfolgt, und heute rede ich nicht über Populismus, auch wenn das eine oder andere Argument zum Untersuchungsausschuss der ruhigen, seriösen und auch anstrengenden Gewichtung

**(Torsten Schneider)**

von unseren Fraktionen und wohl auch bei der CDU nicht gerecht geworden ist. Aber eins haben Sie doch hier sehr bemüht: den Kontrollauftrag des Parlaments. Und jetzt haben Sie ein Dialektikproblem. Jetzt, wo es zum Schwur kommt, wo es zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie kommt, da sagen Sie – und ob Sie da zickzack fahren, weiß ich noch nicht, das werden wir ja bei der Abstimmung erleben – – Wir verstehen diese Stärkung als Stärkung der parlamentarischen Demokratie.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN –

Heiterkeit bei der AfD –

Frank-Christian Hansel (AfD): Das ist ja lächerlich!]

Und dann habe ich auch in der Öffentlichkeit so einige Fakten wahrgenommen, die jetzt einem Faktencheck unterzogen werden: Pro Kopf hätten wir hier die meisten Abgeordneten. – Ich will mich dazu gar nicht äußern, ein bisschen Recherchearbeit überlasse ich dann und stelle anheim. Das ist unzutreffend.

[Georg Pazderski (AfD): Habe ich nicht gesagt!]

– Ich habe auch Sie nicht adressiert. Nicht jedes Mal arbeite ich mich an Ihnen ab. Und wenn, dann gibt es richtig eins auf die Null.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

Zweiter Punkt: Ich habe gelesen, Abgeordnete – jedenfalls ist der Eindruck erweckt worden – haben ja so 11 500 Euro. – Da gibt es durchaus eine gewisse Erwartungshaltung, wie ich so an den Gesichtern sehe. Aber daran haben wir gar nichts geändert. Vielmehr bekennen wir uns zum Tariffreht und schaffen endlich tarifgerechte Bezahlung für die Mitarbeiter.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

Und nun weiß ich ja nicht, wie Sie sich in der Fläche aufzustellen gedenken. Wir hatten diese Debatte schon mal, als wir von 580 auf 3 000 erhöht haben.

[Stefan Franz Kerker (AfD): Reicht aber noch nicht!]

Wir sind der Auffassung, dass wir unseren Kontrollauftrag von über 120 000 Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern ohne die Eigenbetriebe und ohne die über 50 Unternehmensbeteiligungen mit acht wissenschaftlichen Referenten in der SPD-Fraktion nicht übergebühlich beanspruchen, wenn wir hier selbstbewusst sind und das auch in der Öffentlichkeit aushalten, was da polemisiert wird. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für die CDU-Fraktion Herr Kollege Melzer.

**Heiko Melzer (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Wir glauben, dass eine solche Debatte über Zuweisungen an Fraktionen, mehr Mittel für Mitarbeiter von Abgeordneten zwei Dinge nicht verträgt, nämlich, an die Adresse der AfD, Pauschalierungen und Schaum vor dem Mund und, an die Adresse der Koalition – wir haben es gerade gehört –, einen allzu verklärten Blick auf das, was man da selber eingebracht hat. Ich möchte mal bemühen, was wir vor einigen Jahren gemeinsam hier im Abgeordnetenhaus in der Parlamentsreform bei der Einrichtung von Wahlkreisbüros über Parteigrenzen hinweg auf den Weg gebracht haben. Da haben wir gesagt, es wäre sinnvoll, wenn die Abgeordneten vor Ort in ihren Wahlkreisen Büros eröffnen könnten für noch mehr Bürgernähe, für noch mehr Ansprechbarkeit, und diese müssten auch angemessen ausgestattet sein. Das war damals überparteilich, mehrfraktionell. Fast alle Fraktionen haben mitgemacht. Es war eine bürgernahe Lösung, sie war ausgewogen. Und all dies ist, wenn man heute den Antrag der Koalition aus SPD, Grünen und Linken liest, in Ihren jetzt vorgeschlagenen Änderungen eben nicht mehr der Fall. Die sind weder ausgewogen, noch sind sie bürgernah, und erst recht haben Sie sich nicht die Mühe gemacht, sie überparteilich im Konsens mit allen Fraktionen zu erarbeiten.

[Beifall bei der CDU –  
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Und deswegen fehlt dem ordentlichen Griff in den Steuersack auch die notwendige politische Sensibilität.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Aber ohne uns hätten Sie das nicht gebracht!]

Zurück zu den Wahlkreisbüros: Die Koalition hat vorgeschlagen, mehr Mittel für das Personal von Abgeordneten zur Verfügung zu stellen – ein Ansatz, dem die CDU durchaus nahetritt. Aber gleichzeitig die Anzahl von Mitarbeitern und damit die Öffnungszeiten von Büros zu begrenzen, zeigt eben auch: Hier ging es nur um eine Zahl und nicht um eine echte Lösung. Wir haben mit unserem Änderungsantrag einen konstruktiven Weg beschrieben und fordern Sie auf, diesen mitzugehen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Nun sagt die AfD, ohne sie hätte es diese Debatte nicht gegeben und wir würden Jein sagen. Das ist totaler Quatsch. Herr Pazderski, wären Sie im Hauptausschuss, dann hätten Sie es mitbekommen. Wir haben immer gesagt, wir verhalten uns erst nach Beratung in der Fraktion zu diesem Thema.

Wenn man dann liest beim Fraktionsgesetz, dass die Koalition sagt, ohne erkennbare Begründung, einfach als gegriffene Zahl: Wir wollen nicht mehr 27 000 Euro pro Abgeordneten als Fraktionsgeld bekommen, sondern zukünftig pro Jahr 49 000 Euro, in Summe für alle Fraktionen mehrere Millionen Euro mehr Ausgaben; nicht,

**(Holger Krestel)**

Da ist es durchaus sinnvoll, wenn man dort mehrere Ansprechpartner – das ist zumindest hier mein Endziel – für die jeweilige Community unterhält.

[Steffen Zillich (LINKE): Drei geht ja!]

Und dazu braucht man bei den finanziellen Mitteln, die hier zur Verfügung stehen, Teilzeitstellen. Das hat also nichts mit Ausbeutung zu tun – nichts liegt mir ferner –, das ist hier schlicht eine Frage der Realität.

[Beifall bei der FDP]

Und es gibt natürlich, da bin ich durchaus hier auf der Seite der Regierungskoalition, eine Lücke in der Kontrollfähigkeit des Parlaments, die durch den Ausstattungsvorsprung der Regierung, sprich des Senats, verursacht wird. Wir wären daher vom Prinzip her für eine Erhöhung der Mittel für die einzelnen Mitglieder dieses Hauses offen gewesen. Die derzeitigen Mittel hier sind ein Trinkgeld im Vergleich zu Mitteln der Abgeordneten in den anderen Landesparlamenten in Deutschland und erst recht zu denen von Bundestagsabgeordneten.

[Torsten Schneider (SPD): Stellen Sie doch einen Erhöhungsantrag!]

Gestatten Sie mir jedoch ein Wort zu diesen angesammelten Reservevermögen der Altfraktionen, auf die sich hier in der öffentlichen Debatte nicht nur der Kollege Melzer, sondern zum Beispiel auch der Bund der Steuerzahler im öffentlichen Diskurs berufen hat.

[Torsten Schneider (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

– Zwischenfragen möchte ich jetzt bitte nicht! – Die Freien Demokraten, insbesondere ich, treten dafür ein, dass angesammelte Fraktionsvermögen zum Ende der Wahlperiode verfallen müssten, weil die offensichtlich hier nicht benötigt wurden.

[Beifall bei der FDP und der AfD]

Demzufolge ist das Geld dem Steuerzahler, der das bezahlt hat, zurückzugeben und nicht in eine Schatzkiste zu tun, damit man dann beim nächsten Mal hier mehr auf die Pauke hauen kann.

[Steffen Zillich (LINKE): Aber der Sozialplan soll trotzdem dann finanziert werden?]

Und somit werden nämlich nach jeder Wahl für jede Fraktion die gleichen Startbedingungen vorgegeben, die sich lediglich nach der Größe der Fraktion verändern. Insofern sind wir durchaus bereit, der geänderten Fassung, wie sie die CDU beantragt hat, zuzustimmen, aber nicht so, wie Sie es sich hier in der rot-rot-grünen Koalition ausgedacht haben. – Danke!

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD –

Steffen Zillich (LINKE): Aber bitte einzeln abgestimmt!]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für eine Zwischenbemerkung hat jetzt der Kollege Schneider das Wort!

**Torsten Schneider (SPD):**

Herr Präsident! Herr Kollege! Können Sie uns – diesem Hohen Haus – dann Auskunft geben, wie es sich verhalten hat, als Sie zu Beginn der letzten Legislatur hier als FDP ausgeschieden sind? Wie waren Ihre Rücklagen? Und trifft es nicht zu, dass sie im Liquidationswege dem Landesverband der FDP und nicht der Landeskasse zugefallen sind?

[Ah! und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –  
Zurufe von der SPD]

**Präsident Ralf Wieland:**

Herr Kollege Krestel!

**Holger Krestel (FDP):**

Lieber Kollege Schneider! Die FDP ist eine Rechtsstaatspartei!

[Beifall bei der FDP]

Demzufolge sind natürlich nicht benötigte Mittel ans Land Berlin zurückgefallen. Wenn Sie solche impliziten Behauptungen aufstellen, dann müssen Sie die erst mal nachweisen.

[Tom Schreiber (SPD): Aha!]

Es ist letztlich so, dass ich diesem Hause damals nicht angehört habe. Ich war damals Mitglied des Deutschen Bundestages. Und soweit ich mitbekommen durfte – ich gehöre ja doch zum Führungszirkel der Berliner FDP –,

[Ah! und Lachen bei der LINKEN und den GRÜNEN]  
wurde das rechtlich ordnungsgemäß abgewickelt.

Liebe lachende Freunde aus dem linken Bereich dieses Hauses! Wenn es damals Rechtsverstöße gegeben hätte, hätten Sie sicherlich keine Sekunde gezögert, diese öffentlich zu machen. Da aber jahrelang hier nichts gekommen ist, ist das wirklich ein ganz flacher Tritt gegen das Schienbein, den ich aufgrund meiner Panzerung am linken Bein noch nicht mal bemerkt habe, Herr Schneider! – Schönen Dank!

[Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Wesener das Wort!